

**Motion
über die Entlastung der Gemeinden für die Zahlung
von Mutterschaftsbeihilfe an Personen aus dem
Asyl- und Flüchtlingsbereich, welche noch nicht
zehn Jahre in der Schweiz sind**

eröffnet am 30. Januar 2012

Der Regierungsrat wird beauftragt, per sofort die Gemeinden von der jetzt gängigen Praxis für die Zahlung von Mutterschaftsbeihilfe an Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, welche noch nicht zehn Jahre in der Schweiz sind, zu entlasten und die bereits getätigten Zahlungen mit den vom Bund erhaltenen Pauschalen zurückzuerstatten.

Begründung:

Die Gemeinden, in welchen sich Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich aufhalten, werden immer mehr, nicht nur mit personellem Aufwand in der Verwaltung, in der Schule und der sozialen Betreuung, sondern auch mit finanziellem Aufwand belastet.

Eine Belastung davon ist die Ausrichtung von Mutterschaftsbeihilfe auch an Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, welche sich noch nicht zehn Jahre in der Schweiz befinden.

Obwohl gemäss dem seit 1. Januar 2008 geltenden Asylrecht für die ersten fünf Jahre der Bund, für die weiteren fünf Jahre der Kanton und erst ab dem zehnten Jahr die Gemeinden zuständig wären, werden immer mehr Gemeinden zusätzlich mit der Ausrichtung von Mutterschaftsbeihilfe belastet.

Für die Betreuung dieser Personen erhält der Kanton in den ersten fünf Jahren eine Pauschalentschädigung, welche pro Person und Tag an den Kanton ausbezahlt wird. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass die Gemeinden nun noch zusätzlich, zu all den anderen Belastungen, sich auch finanziell für deren Unterhalt beteiligen sollen.

Bei den heutigen Problemen mit der Aufnahme von Asylsuchenden in den einzelnen Gemeinden wird erwartet, dass der Regierungsrat des Kantons Luzern diese Aufgabe nicht zulasten der einzelnen Gemeinden löst und diese sich selber überlässt.

Es darf erwartet werden, dass die notwendigen Schritte unverzüglich gemacht werden, um die betroffenen Gemeinden für ihre Aufwendungen zu entschädigen und nicht noch zusätzlich zu belasten.

Die Regierung wird zur Umsetzung dieser Motion innert Jahresfrist beauftragt.

Arnold Robi

Graber Christian

Britschgi Nadia

Knecht Willi

Gisler Franz

Troxler Jost

Graber Toni

Winiger Fredy

Dahinden Erwin

Müller Pius

Thalmann-Bieri Vroni

Schärli Thomas

Keller Daniel

Schmid Werner

Camenisch Räto B.

Dickerhof Urs

Hartmann Armin

Bossart Rolf

Lang Barbara

Hermetschweiler Rolf

Zimmermann Marcel

Lüthold Angela

Omlin Marcel